



Am Ostermontag 1946

kommt es auch in Innsbruck zu einer Großdemonstration: Bundeskanzler Leopold Figl übernimmt die Mappen mit den Südtiroler Unterschriften. Auch in Wien,

Graz und etlichen anderen österreichischen Städten kam es zu Kundgebungen, bei denen die Rückkehr Südtirols zu Österreich gefordert wurde.

1946: JAHR DER ENTSCHEIDUNGEN FÜR SÜDTIROL – STATT RÜCKKEHR NACH ÖSTERREICH AUTONOMIE – TEIL III

„Südtirol muss zu Österreich zurückkehren“

FRÜHJAHR 1946: Aktivitäten in Österreich und Südtirol – Demonstrationen, Manifestationen, Unterschriftensammlungen, Appelle, Einflussnahme auf die Alliierten



von Rolf Steininger*

In den ersten Wochen des Jahres 1946 war man in Österreich und Südtirol mehr denn je vom gerechten Anspruch auf Rückkehr Südtirols und vom Erfolg dieser Politik überzeugt. Man war sich von Anfang an im klaren darüber, dass die Konferenz der Außenminister in Paris von schicksalhafter Bedeutung sein würde. Entsprechend rege war die Aktivität, die man im Vorfeld der Konferenz entwickelte: Demonstrationen, Manifestationen, Unterschriftensammlungen, Appelle, Einflussnahme auf die Alliierten.

Angebote und Appelle an die Alliierten

Für den Fall der Rückkehr Südtirols bot die österreichische Regierung am 21. Januar folgendes an:

- 1. Verbleib der bestehenden Wasserkraftwerke in italienischem Besitz und weiter Stromlieferungen nach Italien.
- 2. Zukünftige Nutzung der Wasserkraft durch österreichisch-italienische Gesellschaften.
- 3. Freie Wahl der Staatsbürgerschaft für die Italiener; wer sich für Italien entscheiden würde, sollte einen privilegierten Sonderstatus erhalten, wer sich für Österreich entschied, dem sollte Kultur- und Sprachautonomie garantiert werden.
- 4. Unterstellung Südtirols unter den Schutz der Vereinten Nationen; eine entsprechende Regelung sollte gemeinsam mit Italien ausgearbeitet werden und war zur Entkräftung des strategischen Arguments Italiens im Hinblick auf die Brennergrenze gedacht.
- 5. Für Italien eine Freihafenzone an der Donau.

Am 1. Februar verabschiedete der Tiroler Landtag einstimmig eine Resolution an die Alliierten, in der es u.a. hieß:

„Mit dem Tiroler Volk bittet das gesamte österreichische Volk um eine gerechte Entscheidung der Südtiroler Frage, wodurch die Grenze dorthin verlegt wird, wohin sie nach Geschichte und Volkswillen gehört. Eine solche Grenze wird auch Frieden und Freundschaft zwischen den Nachbarstaaten gewährleisten.“

Am 6. Februar richtete Bundespräsident Karl Renner ein gleichlautendes Schreiben an die Alliierten, in dem er auf 8 Seiten das Schicksal Südtirols seit 1919 schilderte und davor warnte, in einem künftigen Friedensschluss jene Fehler zu wiederholen und zu steigern, die nach dem Ersten Weltkrieg in St. Germain gemacht worden waren und der Welt zum Verhängnis geworden seien. Die Brennergrenze schneide „den dritten Teil des alten Landes Tirol, das sogenannte Osttirol, ganz ab, denn es führt keine Bahnverbindung mehr von Innsbruck nach dem Osttiroler Vorort Lienz, außer auf dem langen Umweg über Salzburg und Kärnten.“

Dieser Hinweis sollte Konsequenzen haben, wie noch zu zei-



1 Demonstration in Klausen.

gen sein wird.

Am 11. März forderte Außenminister Karl Gruber in Innsbruck anlässlich des Jahrestages des Einmarsches der deutschen Truppen nach Österreich: „Südtirol muss zu Österreich zurückkehren.“ Am 19. März fand in Innsbruck der Bundestag des Tiroler Bauernbundes statt, auf dem im Zuge der Erneuerung des Herz-Jesu-Gelöbnisses die „Gnade der Wiedervereinigung des Heimatlandes“ beschworen wurde.

Das wiederholte sich auf Bittwallfahrten in Mariastein, Trens, Säben und Aufkirchen, an denen jeweils mehrere Tausend Menschen teilnahmen.

Am 28. März wandte sich Gruber an Außenminister Bevin. Wie zuvor schon Bundeskanzler Figl und Renner wies auch er erneut auf die schwierige Situation in Österreich nach dem Ersten Weltkrieg und auf die hohe Zahl der Selbstmorde hin. Das österreichische Volk habe wenig Anlass, mit mehr Vertrauen als im Jahre 1918 in die Zukunft zu blicken. Die österreichische Industrie werde Jahre brauchen, bis sie ihre alte Leistungsfähigkeit wieder erlangt habe. Das nächstliegende Mittel sei die Abkürzung der Besatzungszeit, doch dafür bestehe anscheinend nur wenig Aussicht. Wenn aber, so fuhr Gruber fort, „die Südtiroler Frage befriedigend gelöst wird, gewinnt Österreich nicht nur unmittelbare Erleichterung seiner schweren

wirtschaftlichen Lage, sondern es wird sich von selbst ein Umschwung im öffentlichen Bewusstsein und in der praktischen Gestaltung des österreichischen Lebens einstellen. Denn die Rückkehr Südtirols wird nicht nur eine tiefe Wunde im österreichischen Nationalbewusstsein heilen, sondern auch die Wirtschaftszahlungsbilanz des Landes verbessern, die verkehrstechnische Einheit wiederherstellen und durch die Rückkehr eines altösterreichischen Arbeitsbauernvolkes, dessen demokratische Gesinnung in der Geschichte wiederholt für die Stabilität Österreichs von Bedeutung war, das Land politisch festigen.“

Die Rückkehr Südtirols zu Österreich sei weder eine Strafe für Italien, das kein Recht besitze, einen Volksstamm, der seinem Wesen völlig fremd sei, in seinem Willen zu vergewaltigen, noch eine Belohnung für Österreich, zu dem dieses Gebiet seit vielen Jahrhunderten gehöre:

„Die Zugehörigkeit dieses Landes Österreich hat nichts damit zu tun, ob es in Südtirol ein paar Nazis mehr oder weniger gegeben hat, weil bei einem Volksstamm, der 20 Jahre hindurch durch faschistische Terrormaßnahmen an den Rand der Verzweiflung gebracht wurde, am ehesten eine nationalistische Reaktion verständlich wäre. Darüber hinaus glauben wir beweisen zu können, dass es in Südtirol sicherlich weniger Nazis als in Itali-

en Faschisten gegeben hat und dass die große Mehrheit dieses Volksstammes absolut österreichisch gesinnt und damit gegen Hitler eingestellt war...Wir bitten Sie, Österreich nicht einen Weg versperrt zu halten, der ihm eine bessere Aussicht für seine Zukunft eröffnen kann.“

Vorbereitungen auf eine Kommission, die es nie geben sollte

Am 4. April bat Gruber den Alliierten Rat in Wien um Anhörung einer österreichischen Delegation durch den Rat der Außenminister-Stellvertreter in London und offiziell um Einsetzung einer Kommission, die die Verhältnisse in Südtirol vor Ort untersuchen sollte. Für den Fall, dass eine solche Kommission tätig werden würde, hatte der Leiter der „Landesstelle für Südtirol“ der Tiroler Landesregierung, Eduard Reut-Nicolussi, schon Wochen vorher eine detaillierte Weisung erteilt:

„In jedem Dorfe, das die Kommission besucht, sollte der Empfang durch die Bevölkerung mit möglichst vielem Aufwand von Trachten (unter Vermeidung der Verwendung von unschönen und schadhafte(n) Stücken) stattfinden. Hierbei sollten Kinder Blumensträuße überreichen mit Bändern, auf denen geschrieben stehen sollte: Justice for the Tyrol, Justice pour le Tyrol, die russische Aufschrift teilen wir Ihnen noch mit;

die Kirchenglocken sollten läuten und möglichst viele rot-weiße Fahnen zu sehen sein. Wenn möglich, sollten auch durch Bozen eventuell auf der Wallfahrt nach Weissenstein oder nach Maria Larch Trachtengruppen zu sehen sein. Die Männer sollten österreichische Auszeichnungen aus dem 1. Weltkrieg tragen.“ (An dieser Stelle hatte Gruber notiert: „Blödsinn.“)

Am 5. April fand eine Großkundgebung in Bruneck statt, am 7. April eine in Innichen und am 22. April – zum Osterfest – im Beisein von Figl und Gruber eine Großkundgebung in Innsbruck, von der es in der Londoner Times hieß, solche Demonstrationen gebe es wohl nur noch an wenigen Orten in der Welt: „Sie hatte die ganze Farbe, Würde und Fröhlichkeit eines Bauernvolkes, dessen Tradition bis ins Mittelalter zurückreicht, und hätte fast in einem anderen Zeitalter stattfinden können.“

Mehr als 20.000 Tiroler nahmen teil; 400 Dörfer hatten Vertreter geschickt; viele Südtiroler waren heimlich über die Grenze gekommen, ihre Trachten im Rucksack versteckt; 102 Kapellen spielten, u. a. das Andreas-Hofer-Lied. Figl betonte noch einmal den Anspruch Österreichs auf Südtirol. Zum Abschluss wurden ihm die Unterschriften von etwa 150.000 Südtirolern übergeben, die in Südtirol heimlich gesammelt worden waren und an die in Paris versammelten Siegermächte weitergeleitet werden sollten. Figl verabschiedete sich mit dem Ruf, beim nächsten Mal werde man sich in Südtirol wiedersehen.

„Dies ist seit vielen Jahren die erste große Demonstration österreichischen Nationalgefühls gewesen“, so hieß es weiter in der Times: „Sie war spontan, würdevoll und ohne politisches Kalkül. Es wird eine bittere Desillusion geben, wenn dieser Appell aus den Dörfern Tirols an die alliierten Mächte erfolglos bleibt.“ Er blieb erfolglos.

Generalstreik in Tirol

Als die Nachricht von der Entscheidung der Außenminister bekannt wurde, reagierten die Tiroler.

Am 2. Mai begann um 7 Uhr in ganz Tirol als spontane Reaktion der Bauern, Arbeiter und Angestellten ein Generalstreik. Ein großer Demonstrationzug in Innsbruck endete am Andreas-Hofer-Denkmal, auf Transparenten und Flugblättern wurde „gegen den Sieg Hitlers und Mussolinis in Südtirol“ protestiert und nach Waffen verlangt. Am Abend verhängten die französischen Militärbehörden eine Ausgangssperre. Gleichzeitig kam es in Bozen, Meran und Brixen zu verschiedenen Zwischenfällen und im Pustertal und im Vinschgau zu Zusammenstößen zwischen Südtirolern und Carabinieri.

Demonstration in Sigmundskron

Bis dahin größte Demonstration in der Geschichte Südtirols gab es am 5. Mai 1946 auf Schloss Sigmundskron mit 25.000 Teilnehmern. Hauptredner war SVP-Obmann Erich Amonn. In einem „Bericht von Unbekannt“ heißt es dazu: „Seine Ausführungen, die oft von stürmischem Beifall unterbrochen wurden, gipfelten in der Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht und der Freiheit und Einigkeit Tirols“. Als Amonn seine Rede mit den Worten „Herr, mach uns frei!“ beendete, gab es nicht enden wollenden Beifall und die Massen sangen gemeinsam das Andreas-Hofer-Lied.

Die Wiener Regierung konnte ihren Anspruch auf Rückkehr Südtirols noch so subtil vortragen, es konnte noch so viele Demonstrationen geben, am Grundproblem änderte das überhaupt nichts. Die Rückgabe Südtirols war keine „kleinere Grenzberichtigung“; es war auch mehr als nur die Wiedergutmachung eines klaren Unrechts. Südtirol war vorzeitig in die Mühlsteine des Kalten Krieges geraten, und das – und eben nur das – bestimmte sein Schicksal. Daran änderten auch die spontanen Reaktionen auf die Entscheidung von Paris nichts. Aber das war noch nicht das Ende der Geschichte. Etwas ganz anderes führte zu neuen Überlegungen.

ACHTUNG: Bis zum 5.9. erscheinen 8 Sonderseiten zum Thema „Pariser Vertrag: 5.9.1946“. In der nächsten Folge: Teilung Südtirols als Trumpfkarte?

* Zur Person: O. Univ.-Prof. Dr. Rolf Steininger war von 1984 bis zu seiner Emeritierung 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck www.rolfsteininger.at

Buchtipp: Rolf Steininger, Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen, Studienverlag Innsbruck 2006, 405 Seiten **Bestellen:** www.athesiabuch.it



Innsbruck, 2. Mai 1946: Wie überall in Tirol Generalstreik und Demonstrationen gegen die Entscheidung von Paris.



Eine Seite der Südtiroler Unterschriften für die Rückkehr nach Österreich.

